



## Polizeidienst hautnah erleben

**Der neue Beauftragte für die Landespolizei, Dieter Burgard, hat sich mit Vertretern der GdP zu einem informativen und aufschlussreichen Gespräch getroffen.**

Nachdem eine reine Beschwerde-stelle gegen die Polizei verhindert werden konnte, galt es nun zu erörtern, wie die neuen Aufgaben von Herrn Burgard und seinem Team aussehen werden.

### Polizei kennenlernen

Gemeinsam mit seinem Mitarbeiter, Herrn Dr. Matthias Mayer, erklärte uns der Polizeibeauftragte, dass er seine neue Rolle ernst nehmen und bemüht ist, die Polizei als Institution besser kennenzulernen. Man wolle versuchen, selbst zu erleben was es heißt, als Polizist im Einsatz zu sein, um Anliegen und Beschwerden der Beamten besser bearbeiten und nachvollziehen zu können.

Dr. Matthias Mayer plane die Teilnahme an einem Schichtumlauf, insbesondere dem Nachtdienst, und einem Großeinsatz, um die Besonderheiten der Belastung durch den Polizeidienst hautnah zu erleben. Nur so könne man sich für die Polizistinnen und Polizisten und ihre besonderen beruflichen Gegebenheiten wirkungsvoll einsetzen.

Um das neue Amt des Landespolizeibeauftragten bekannter zu machen, plant Dieter Burgard jährliche Informationsveranstaltungen bei den Studierenden auf dem Hahn und hofft, auch bei den Behörden und Einrichtungen vorstellig werden zu können.

### Skepsis abbauen

So erhofft er sich, ein gewisses Maß an Skepsis gegenüber ihm und seinen Mitarbeitern – entstanden durch die Diskussionen über die Beschwerdestelle gegen die Polizei – abbauen zu können.



**„Gemischte“ Delegation beim Landespolizeibeauftragten (v. r. n. l.): Michael Flis (Vorsitzender der JUNGEN GRUPPE, Ernst Scharbach, Dieter Burgard, Verena Horn (Vorsitzende der Frauengruppe in der GdP), Gewerkschaftssekretär Markus Stöhr, Dr. Matthias Mayer**

Auch will er Situationen, in denen polizeiliche Maßnahmen zu Unrecht in den Medien als rechtswidrig dargestellt wurden, öffentlichkeitswirksam klarstellen.

Seit Mitte Juli können sich nun Bürger mit einer Beschwerde an ihn wenden, wenn sie bei einer polizeilichen Maßnahme den Eindruck haben, dass ein persönliches Fehlverhalten eines Polizisten vorliegt oder dass eine polizeiliche Maßnahme rechtswidrig war.

### Beschwerdeinstanz für Bürger und Polizei

**Polizisten** können sich mit einer Eingabe an den Landespolizeibeauftragten wenden, wenn sie Missstände oder Fehler aufzeigen wollen oder im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in soziale oder persönliche Konfliktsituationen geraten oder Probleme mit ihrem Dienstherrn vorliegen.

Insofern konnte die GdP dazu beitragen, dass eine Stelle geschaffen wurde, an die sich Bürger wenden können, wenn Probleme mit der Polizei auftreten und wir als Institution daraus die Möglichkeit haben, aus der Kritik zu lernen und uns zu verbessern.

Gleichzeitig wurde jedoch ein Sprachrohr für uns selbst geschaffen, das wir auch tatsächlich nutzen soll-

ten, um Missstände aufzuzeigen und nach außen zu transportieren.

**Nähere Informationen zum Polizeibeauftragten und seine Erreichbarkeit unter:**

[www.derbuergerbeauftragte.rlp.de](http://www.derbuergerbeauftragte.rlp.de)

### In dieser Ausgabe:

- S. 1: Polizeibeauftragter Dieter Burgard**
- S. 2-4: Zentralisierung von Notrufannahme und Einsatzsteuerung: Welche Ebene ist die richtige?**
- S. 4: kurz & knackig: Beschwerdestelle Polizei in Niedersachsen u. a.**
- S. 5: Tarifvertreter zum Gespräch bei Staatssekretärin Raab**
- S. 6: Aus dem Hauptpersonalrat Sommerfest in Enkenbach**
- S. 7: PSW**
- S. 8: GdP Trier besucht Abgeordnete, Personenstandsnachrichten**



# Notrufe und Einsatzsteuerung: Die Gretchenfrage ist das Personal

**Beschaffung Zentraler Abfrage- und Vermittlungstechnik (zAVT), Zentralisierung von Notrufannahme und Einsatzsteuerung (zNuE) sowie Beschaffung eines Zentralen Einsatzleitsystems (zELS): Unter Leitung von Tina Horn, Björn Neureuter und Jürgen Traub vom Fachausschuss Schutzpolizei der GdP sind über 30 Kolleginnen und Kollegen im Kloster Jakobsberg bei Ockenheim zusammengelassen, um zur Meinungs- und Lösungsfindung zu einem komplexen Thema beizutragen.**

## Hochkarätige Eingangsreferate

Hochkarätige Referenten hatten sich bereitgefunden, in Eingangsbeiträgen zur Angleichung der Informationsstände und zur Klärung von Begrifflichkeiten beizutragen.

**Matthias Bongarth**, Chef des Landesbetriebs Daten und Information (LDI), informierte ganz grundsätzlich über Rechner- und Netzvoraussetzungen in Rheinland-Pfalz und erläuterte den für neue Einsatzleittechniken erforderlichen informationstechnischen Überbau.

**Reiner Hamm**, Leiter der Zentrale für Polizeitechnik (ZPT) legte

Wert auf die Feststellung, dass es sich bei der Abfrage- und Vermittlungstechnik um ein nahezu abgeschlossenes Beschaffungsprojekt handelt. Die Entwicklung und Beschaffung eines Zentralen Einsatzsystems sei hingegen ein bevorstehendes Projekt der kommenden Jahre.

Ein neues Einsatzleitsystem zur flächendeckenden Anwendung sei vollkommen unabhängig von der strategischen und taktischen Organisationsentscheidung, auf welcher Ebene die Notrufannahme und die Einsatzsteuerung stattfindet. Hamm ließ aber

keinen Zweifel an seiner Auffassung, dass die Notrufannahme nicht bei jeder PI bleiben könne. Seines Erachtens spreche viel für die Zentralisierung auf PP-Ebene.

Er berichtete über die bislang getroffenen Entscheidungen und wies darauf hin, dass das ISIM ein Projekt zur Frage der Zentralisierung der Notrufannahme und Einsatzsteuerung initiiert habe, mit einem Piloten zur maßvollen Zentralisierung im Raum Idar-Oberstein und einer Zentralisierung von Notrufannahme und Einsatzsteuerung auf Behördenebene beim PP Mainz.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: [www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)  
Gewerkschaft der Polizei  
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
E-Mail: [bernd.becker@gdp-rp.de](mailto:bernd.becker@gdp-rp.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36  
vom 1. Januar 2014  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98-7

ISSN 0170-6470



LDI-Chef Matthias Bongarth



Reiner Hamm, Leiter der ZPT



Projektleiter Oliver Schuh

## Gut zu wissen:

### zAVT

Der Begriff „Zentrale Abfrage- und Vermittlungstechnik – ZAVT“ steht für ein Technik-Beschaffungsprojekt. Es geht um die technische Möglichkeit, auf hochkomplexe Weise in landesweiter Vernetzung und Redundanz Nachrichten anzunehmen und zu verarbeiten.

### zELS

Das zELS ist ein Einsatzleitsystem, eine EDV-Anwendung für die Einsatzsachbearbeitung auf allen Ebenen. Eine zentrale Anwendung, die das Lesen und Befüllen auf jeder Ebene ermöglicht. Es geht um die Ablösung des hochbetagten ELIAS.

### zNuE

Bei der „zentralen Notrufannahme und der Einsatzsteuerung – zNuE“ geht es um die eigentliche organisatorisch-taktische Entscheidung, die vor uns liegt. Sollen diese Aufgaben zentralisiert werden und wenn ja, wo und mit welchen Folgen? Technik und EDV-Anwendungen haben dieser Entscheidung zu folgen – nicht umgekehrt.



## WORKSHOP FACHAUSSCHUSS SCHUTZPOLIZEI



Über 30 Fachleute brüteten über die Zukunft von Notrufannahme und Einsatzsteuerung. Bildmitte Workshop-Leiterin Tina Horn, rechts Ernst Scharbach. Alle Fotos: BB

### Piloten in Mainz und Idar-Oberstein

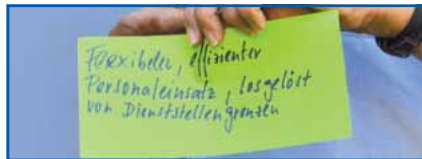
An dieser Stelle kam **Oliver Schuh**, Leiter der FLZ beim PP Mainz, ins Spiel und berichtete über die Vorbereitungen des Pilotbetriebs mit zentraler Notrufannahme im Präsidialbereich Mainz. Größtes Risiko für den Piloten sei aus seiner Sicht, dass das Uralt-Einsatzleitsystem ELIAS auf alle Dienststellen ausgeweitet werden müsse und dessen sicherer Betrieb nicht zu garantieren sei.

### Zeitgemäßes „ELS“ ist zwingende Voraussetzung

In der Diskussion wurde dann auch schnell klar, dass ein zeitgemäßes Einsatzleitsystem (ELS) zwingende Voraussetzung für eine Zentralisierung ist.

### Gründliche Workshops

Nachdem Ernst Scharbach und Bernd Becker aus der bisherigen Beteiligung des Hauptpersonalrates und vor allem aus der bereits jahrelangen Befassung mit dem Thema berichtet hatten, ging es in drei Arbeitsgruppen darum, Vor- und Nachteile,



Hunderte Karten wurden beschriftet, gesammelt, ausgewertet und geclustert.

Chancen und Risiken der jeweiligen Zentralisierungsebene – Polizeiinspektion, Polizeidirektion und Polizeipräsidium – zu erarbeiten.

### Maßnahmenvorschläge

Nachdem diese Ergebnisse vorgestellt und diskutiert waren, hatten wieder drei Gruppen den Auftrag, die erforderlichen Maßnahmen zu beschreiben, um ganz am Schluss der zweitägigen Veranstaltung die zentralen Ergebnisse zu dokumentieren. **Siehe Kasten auf Seite 4.**

### Erheblicher Erkenntnisgewinn aber keine eindeutige Meinungsbildung

In den Seminar-Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

wurde deutlich, dass der Informations- und Erkenntnisgewinn ganz erheblich war und dass es wichtig war, ein solch komplexes Thema nicht aus dem Bauch heraus, sondern sehr gründlich anzugehen.

Vollkommen unabhängig von Herkunft und Funktion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab es auch noch nach zwei Tagen der intensiven Befassung mit dem Thema ein sehr heterogenes Meinungsbild, und der größte Teil der Kolleginnen und Kollegen zeigte sich noch unsicher, auf welcher Ebene „zNuE“ stattfinden soll.

### „Mischsystem“

Oft war die Rede davon, dass für Rheinland-Pfalz ein „Mischsystem“ gebraucht werde und dass regionale Besonderheiten berücksichtigt werden müssten.

### Dank an die Referenten

Seminarleiterin Tina Horn bedankte sich bei den fachkundigen Referenten für ihre engagierten Beiträge und beim GdP-Landesvorstand für die Unterstützung. **BB**



Diskussionen im Plenum ...



... und in den einzelnen Arbeitsgruppen.



## WORKSHOP FACHAUSSCHUSS SCHUTZPOLIZEI

# Die zentralen Ergebnisse des Workshops zum Thema Zentralisierung von Notrufannahme und Einsatzsteuerung

**Das sind die Erkenntnisse, die im Laufe des Seminars gewonnen wurden, ohne den Stein der Weisen gefunden zu haben:**

- Egal auf welcher Ebene Notruf und Einsatzsteuerung zentralisiert wird. Die Zentralisierung verursacht an der Stelle der Zentralisierung Personalbedarf und setzt auf der anderen Seite kein Personal frei.

Bei insgesamt abnehmendem Personalbestand passt die Maßnahme nicht in die Zeit.

Der Wechselschichtdienst der Pl'en und PaS'en sowie der Schichtdienst der Polizeiwachen darf nicht weiter geschwächt werden.

Anders ausgedrückt: Der Personalbedarf muss bei künftigen Einstellungen berücksichtigt werden. Erst dann kann zNuE umgesetzt werden.

- Zentralisierung ist mit Spezialisierung verbunden. Deswegen gibt es die berechnete Erwartung, dass sie mit der Verbesserung und Sicherung von Qualität verbunden sein wird.

- Ein zeitgemäßes neues Einsatzleitsystem wird – vollkommen unabhängig vom Zentralisierungsgrad – auf jeden Fall gebraucht und zwar dringend. Dabei ist Transparenz durch Lese- und Schreibberechtigung auf allen Ebenen ein wichtiger Aspekt.

- Es ist nicht vorstellbar, dass durch eine Zentralisierung unterhalb der Ebene der PP neue – zusätzliche – Führungs- und Lagezentralen entstehen. Diese sind und bleiben auf Ebene der PP, verbunden mit der derzeit laufenden Entwicklung und Beschaffung von Leit- und Visualisierungstechnik.

- Ein komplexes ELS löst – insbesondere in der Leitstelle – einen erheblichen Fortbildungsbedarf aus und erfordert ein hohes Maß an Routine im Betrieb. Es wird darum gehen, die Möglichkeiten eines zeitgemäßen ELS in möglichst hohem Maße auszuschöpfen.

- Ein solches neues ELS würde den Druck zur Zentralisierung der Notrufannahme erheblich reduzieren.

- Es könnte ein Zusammenhang zur Telefonie insgesamt hergestellt werden. Beispiel: Einheitliche Rufnummer der Polizei auf PD-Ebene und Professionalisierung der Kommunikation insgesamt.

- Regionalen Besonderheiten sollte Rechnung getragen werden. Beispiel: Region Idar-Oberstein.

- Kleinst-Dienststellen und Polizeiwachen sollten auf jeden Fall von Notruf- und Alarmannahme entlastet werden. Beispielsweise die Abwicklung von Bankalarmen ist dort kaum mehr handhabbar.

- Für anstehende Baumaßnahmen bei den FZ der PP müssen Lösungen gefunden werden, die alle denkbaren Entwicklungen abbilden.

- In einem ersten Schritt könnten die Arbeitsweisen der FZ untersucht und angeglichen werden. Beispiel: FZ-Aufgaben für alle Dienststellen der Direktion am PP-Sitz. Notruf- und Alarmbearbeitung statt bloßer Weiterleitung.

- Gleiches gilt für die Entlastung zu definierender Kleinst-Dienststellen von der Notrufannahme.

- Die Ausstattung mit modernen Endgeräten auf Fustw-Ebene muss vorangetrieben werden, um Abfragebetrieb zu reduzieren.

## kurz & knackig

### ■ Rhein-Zeitungs-Umfrage zum Thema Bodycam

An einer Umfrage der Rhein-Zeitung zur Frage, ob Polizistinnen und Polizisten mit einer Körperkamera ausgestattet werden sollen, haben 145 Leserinnen und Leser teilgenommen und wie folgt Stellung bezogen:

**49 %: Sehr gut, das dokumentiert gefährliche Situationen objektiv.**

**19 %: Gut, wenn genau geklärt ist, wann und wo gefilmt werden darf.**

**17 %: Naja, dieser Schuss könnte für manchen Polizisten nach hinten losgehen ...**

**15 %: Unmöglich, die Polizei als Freund und Helfer mit Überwachungskamera.**

### ■ Politik kurios: Polizei-Beschwerdestelle in Niedersachsen

Wie in Rheinland-Pfalz, war auch in Niedersachsen die Einrichtung einer Beschwerdestelle „gegen“ die Polizei auf der Agenda der rot-grünen Regierungskoalition. Die Beschwerdestelle wurde zum 1. 7. 2014 beim Innenministerium eingerichtet. Als einfaches Regierungshandeln – ohne Landesgesetz.

Interessant ist, dass in Niedersachsen die CDU-Opposition der rot-grünen Regierung die rheinland-pfälzische Lösung als beispielhaft vorhält, während sie in Rheinland-Pfalz von der CDU abgelehnt wird.

### Das sagt die GdP:

**1. Das macht noch einmal deutlich, dass für Rheinland-Pfalz mit einem Polizeibeauftragten, der dem Landtag verpflichtet ist, etwas Besseres erreicht wurde. Und zwar mit gesetzlicher Grundlage, nach intensiver parlamentarischer Diskussion.**

**2. Politik ist zuweilen wirklich kurios, aber ohne sie geht es nun mal nicht.**



**TARIFANGELEGENHEITEN**

# Keine Befristung ohne sachlichen Grund

Staatssekretärin Heike Raab informierte sich im Gespräch mit Margarethe Relet und Hermann Schindwein über Problemstellungen im Tarifbereich

**Die Übernahme von Auszubildenden, befristete Arbeitsverträge, Stellennachbesetzungen und die Fachkräftesicherung bei der Polizei waren Themen, die die GdP-Vertreter mit Staatssekretärin Raab diskutierten.**

Die Ausbildungsplatzinitiative für die Polizeiverwaltung, die 2010 auf Initiative der GdP zwischen dem ISIM und dem HPRP vereinbart wurde, ermöglicht jährlich 20 jungen Menschen eine Ausbildung bei der Polizei. Unter anderem sollen durch diese Initiative die Rentenabgänge in den kommenden Jahren im Tarifbereich durch eigen ausgebildetes Personal aufgefangen werden.

## 20 Azubis übernehmen

In dem Gespräch mit Frau Raab machten Kollege Schindwein und Kollegin Relet darauf aufmerksam, dass sie aus gewerkschaftlicher Sicht großen Wert darauf legen, dass die Auszubildenden nach ihrer bestandenen Prüfung im Rahmen des Ausbildungstarifvertrages (§ 19 TVA-L) eine Chance zur unbefristeten Übernahme erhalten. Gewerkschaftspolitisch prangern sie die befristeten Einstellungen ohne sachlichen Grund an, die nach dem Teilzeitbefristungsgesetz zwar möglich sind, aber den betroffenen Menschen keine Sicherheit für ihre Lebensplanung bieten und als perspektivische Personalplanung ungeeignet sind.

## Befristung beschränken

Befristete Arbeitsverträge mit sachlichem Grund sind aus Sicht der Ge-

werkschaft zwar nötig, wenn Vertretungskräfte eingestellt werden müssen oder die Arbeitsbelastung nicht voraussehbar ist, wie z. B. bei der Einrichtung der Zentralen Bußgeldstelle, sie sollten aber wirklich auf diese Fälle beschränkt bleiben. Aus Sicht der GdP führen die Einsparmaßnahmen, die auch das Personalausgabenbudget für den Tarifbereich tangieren, dazu, dass die Notwendigkeit einer Stellennachbesetzung mehr und mehr auf den Prüfstand kommt. Um finanzielle Mittel einzusparen, greifen einige Dienststellen zu der Möglichkeit, Personal aus den Überhangdienststellen Vivento oder Post einzustellen. Aus Sicht der GdP handelt es sich hierbei um eine „Milchmädchenrechnung“. Auf gar keinen Fall wird es für gut befunden, wenn Tarifstellen, z. B. in einem Geschäftszimmer, zukünftig mit Beamtinnen und Beamten besetzt werden. Ungleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeiten führen zu Frust und Ärger in der Belegschaft. Frei werdende Tarifstellen müssen mit Tarifpersonal wiederbesetzt werden.

## Aus- und Weiterbildung

Das Thema Fachkräftesicherung, insbesondere für den IT-Bereich, wurde ebenfalls angesprochen. Kollege Schindwein und Kollegin Relet ma-



Von links: Margarethe Relet, Hermann Schindwein, Staatssekretärin Heike Raab

chen sich stark für eine bessere Aus- und Weiterbildung, um das vorhandene Personal zu halten und ihnen Perspektiven bieten zu können.

## Attraktiver Arbeitgeber

Frau Raab teilte die Ansicht und verwies auf einen Ausbildungsplan der Kataster- und Vermessungsverwaltung, der gegebenenfalls auf die Polizeiverwaltung übertragen werden kann. Zudem beabsichtige die Landesregierung, insbesondere unter dem Licht des demografischen Wandels, den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber weiterzuentwickeln und Karrieremöglichkeiten aufzuzeigen. Frau Raab bot an, sich regelmäßig über die Anliegen der Tarifbeschäftigten mit den Gewerkschaftsvertretern/-vertreterinnen auszutauschen.

**Margarethe Relet**

Anzeige

**Al Dente**   
Zahnarztpraxis mit Biss

Dr. Andor Merk  
Dr. Gudrun Keller  
[www.zahnarzt-ebersheim.de](http://www.zahnarzt-ebersheim.de)



## Ihre Zähne liegen uns am Herzen

Individuelle Beratung und höchste Qualität – ohne lange Wartezeiten.

Wir freuen uns auf Sie!  
Termine nach Vereinbarung:  
**06136 - 766 48 00**



# Staatssekretärin Raab zu Gast im Gremium

**In der August-Sitzung gab es neben zehn Personalmaßnahmen viel Gesprächsbedarf mit der Innenstaatssekretärin Heike Raab:**

## Betriebsärztlicher Dienst (BÄD)

Zur Erinnerung: Das ISIM hatte die Arbeitsmedizin für die Polizei ohne Mitbestimmungsverfahren über die Zentrale Beschaffungsstelle des Landes neu ausschreiben und vergeben lassen. Mit Qualität und Verfahren ist der HPRP nicht einverstanden und fordert nach wie vor, die Arbeitsmedizin mit eigenen Ärzten als Bestandteil des Behördlichen Gesundheitsmanagements darzustellen.

Frau Raab erklärte, dass sie die mitbestimmungsfreie Vergabe sehr bedaure und dass das ISIM nach wie vor daran arbeite, den BÄD mit eigenem Personal wahrzunehmen. Isofern sei man nicht auseinander. Gleichwohl bat sie darum, der Vergabe nachträglich zuzustimmen.

Der HPRP macht seine Zustimmung von der verbindlichen Erklärung abhängig, dass Qualitätsverbesserungen erreicht werden können.

Das Thema wurde auf die Septemberversitzung verschoben. Bis dahin soll – auch mit dem Finanzministerium – an einem künftigen Konzept gearbeitet werden.

## Gesundheit

Die Freie Heilfürsorge für alle sei – so Raab – noch nicht vom Tisch; allerdings werde zunächst an der Modernisierung des bisherigen Systems bei der Bereitschaftspolizei gearbeitet.

Die Unfallnachsorge und Schadensregulierung werde weiter von der ADD wahrgenommen. Dort habe man sich sehr stark auf die Polizei eingestellt und stelle den Service-Gedanken in den Vordergrund.

Bernd Becker berichtete aus der Koordinierungsstelle BGM über Sachstände zu diesen Themen: Eingliederungsmanagement, Auswertung von Arbeits- und Dienstunfällen durch die BuE, Gesundheitsbericht und Krankendaten, Gefährdungsbeurteilung für den Wechselschichtdienst und BÄD mit eigenen Ärzten.

## Personal

2014 und 2015 werden jeweils 450 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt. Das Plus von zehn für 2014 wird im Oktober auf die fünf PP verteilt.

## AG Spezialeinheiten

Aus dem Gremium gab es kritische Stimmen zu der Vorgehensweise des ISIM bei der Erarbeitung von Vorschlägen für die Neuorganisation der Spezialeinheiten und der K/16. Der HPRP hatte sich angeboten, an der entsprechenden AG teilzunehmen, was nicht gewünscht war.

StS Raab erklärte, dass es noch kein Zwischenergebnis in schriftlicher Form gebe und dass es sich nur um Vorschläge handeln werde, die dann weiter auf Umsetzbarkeit geprüft würden.

Der HPRP bat sie, darauf hinzuwirken, dass in den BuE nicht auf der Basis dieses nicht niedergeschriebenen Zwischenergebnisses bereits konkre-

te Planungen und Prüfungen vorgenommen werden.

## Reinigungsstandards

In Bereichen, in denen 24 Stunden gearbeitet wird, sind die Toiletten täglich (auch am Wochenende) zu reinigen. Das ist einer der Standards, der in einer ISIM-Vorlage, die die Parameter für Reinigung vereinheitlichen soll, formuliert wird. Der HPRP hat nach eingehender Erörterung mit Philipp Römer aus der Polizeiabteilung zugestimmt.

## Bekleidung

Ebenfalls zugestimmt – aber mit weitergehenden Forderungen versehen – wurde einer Vorlage zur Ausweitung des Ausstattungssolls um Unterwäsche und Fleece-Jacken. Der HPRP fordert, auch den Einzeldienst – insbesondere den WSD – in die Ausstattung einzubeziehen.

**Ernst Scharbach,  
Margarethe Relet**

## GdP-SOMMERFEST IN ENKENBACH

# GdP-Politik in lauer Sommernacht

Bei traumhaftem Wetter stieg auch in diesem Jahr die Sommerfete der GdP-Kreisgruppe BePo Enkenbach-Alsenborn an der Grillhütte des Standortes.



Optimale Barbecue-Bedingungen für den „Grillardin“ **Klaus Molz**. Wenn gleich auch ein wenig schweißtreibend, zeigte er doch sein Können am allseits beliebten Edelstahl-Schwenker.

Über 80 Teilnehmer, so schätzte der Kreisgruppenvorsitzende **Manfred Groß**, hatten den Weg zur Veranstaltung gefunden. Für Leib und Seele war ausreichend gesorgt, die laue

Sommernacht trug ihr Weiteres dazu bei, sodass bis spät in die Nacht gefeiert werden konnte. Da blieb auch noch ein wenig Zeit, um gewerkschaftspolitische Themen mit dem Landeskontrollausschussvorsitzenden **Peter Busch** in entspannter Atmosphäre am Tresen zu erörtern. Die Grillhütte wird auf jeden Fall fürs nächste Jahr schon mal reserviert.





Polizeiversicherungs-AG

Gewerkschaft der Polizei

## Gewalt gegen Polizisten – Ein Paket gegen die Folgen

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Verbindung mit der PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet allen Mitgliedern umfassende und kompetente Information und Beratung hinsichtlich ihrer Versorgungs- und Absicherungssituation.

Die PVAG ging aus unserer gewerkschaftlichen und traditionsreichen Selbsthilfeeinrichtung hervor: dem Polizeiversicherungsverein (PVV), Hilden. Vertreter der GdP sind daher auch heute im Versicherungsbeirat und im Aufsichtsrat der PVAG entscheidend eingebunden; die PVAG gehört zu 49% der GdP.

Zusammen mit diesem starken Partner haben wir unseren Mitgliedern ein kostengünstiges Paket geschnürt, welches Sie ganz unkompliziert direkt heute schon anfordern können. Diesen Schutz können wir wirklich jeder Polizeibeamtin, jedem Polizeibeamten nur empfehlen.



## Sofortleistungen – speziell für GdP-Mitglieder im Polizeidienst

Im Polizeidienst sehen Sie der Gefahr oft direkt ins Angesicht. Mit dem Abschluss der Sofortleistung für Polizeibeamtinnen, -beamte geben wir Ihnen Rückendeckung. So sind Sie im Ernstfall mit einer sofortigen Einmalzahlung abgesichert.

### Erleiden Sie in Ausübung Ihrer dienstlichen Tätigkeit:

- => eine Schuss- und/oder Stichverletzung, an der eine weitere Person beteiligt war oder
- => eine Verletzung während der Verfolgung von Flüchtigen, Verdächtigen oder Straftätern durch einen Verkehrsunfall und/oder direkt durch den vorgenannten Personenkreis,

die einen mindestens zweitägigen Krankenhausaufenthalt erfordert, erhalten Sie eine sofortige Einmalzahlung. Führen die Unfallfolgen zum Tod, wird eine Soforthilfe für Ihre Hinterbliebenen geleistet.

## Unfallrente

Was ist, wenn ein Unfall mal so schlimm ausfällt, dass Sie Ihren Dienst nicht mehr ausführen können? Die staatlichen Auffangnetze reichen meist nicht aus - es droht Einkommensverlust! Mit dem Leistungsbaustein Unfallrente erhalten Sie ab einem Invaliditätsgrad von 50% monatlich einen festen Betrag, der die entstehende Einkommenslücke ausgleichen kann. Dabei ist es egal, ob der Unfall im Dienst oder in der Freizeit geschieht. Versicherungsschutz besteht rund-um-die-Uhr und weltweit. Ab einer Invalidität von 90% verdoppelt sich die monatliche Rente sogar.

Anfrageformular downloaden unter [www.psw-rp.de/paket.pdf](http://www.psw-rp.de/paket.pdf)  
oder per Mail / Fax anfordern [psw-rp@qdp.de](mailto:psw-rp@qdp.de) / 06131 96009 27



# Der Polizei neuen Stellenwert verschaffen



V. l.: Peter Kretz, Dieter Engemann, Dietmar Johnen MdL (B90/Die Grünen), Josef Schumacher

**Die Personalsituation im Polizei-präsidium Trier ist seit Jahren eine Herausforderung für die GdP, die Personalräte und auch für die Behörde in Trier selbst. Verbesserungen sind seit Jahren dringend erforderlich.**

Versäumnisse der vergangenen Jahre brachten uns in die heutige Situation, in der es nur noch mit Mühe gelingt, die Stärken in den Schichten zu gewährleisten.

## Schlechte Personalsituation und mangelnde Wertschätzung

Wir stellen dabei insbesondere in den letzten beiden Jahren fest, dass die anhaltend schlechte Personalsituation immer stärker auf dem Rücken der Kollegen ausgetragen wird und dies zunehmend **gesundheitliche, familiäre und soziale Belastungen** nach sich zieht.

**Hinzu kommen Probleme mangelnder Wertschätzung durch die Politik. Stichworte: 5 x 1%-Regelung, fehlende Beförderungstellen und 25 Jahre Stillstand bei den Erschwerniszulagen.**

Um diese krisenhafte Entwicklung deutlich zu machen, hat die GdP im PP Trier alle 14 Landtagsabgeordneten der Region aufgesucht. Die Botschaft und Forderung bei allen Treffen:

**„Unterstützen Sie Ihre Polizei und helfen Sie uns, aus dieser Misere herauszufinden.“**

Diese Abgeordneten des Mainzer Landtags wurden von Februar bis Juli

2014 mit den aktuellen Polizeiproblemen konfrontiert:

**Monika Fink** – SPD (Bitburg), **Michael Billen** – CDU (Kaschenbach), **Ingeborg Sahler-Fesel** – SPD (Schweich), **Bernhard Henter** – CDU (Trier), **Bettina Brück** – SPD (Thal-fang), **Astrid Schmitt** – SPD (Daun), **Elfriede Meurer** – CDU (Wittlich), **Stephanie Nabinger** – Bündnis 90/Die Grünen (Saarburg), **Alexander Licht** – CDU (Brauneberg), **Jutta Blatzheim-Roegler** – Bündnis 90/Die Grünen (Bernkastel-Kues), **Herbert Schneiders** – CDU (Daun), **Dietmar Johnen** – Bündnis 90/Die Grünen (Gerolstein), **Hans-Jürgen Noß** – SPD (Birkenfeld) und **Arnold Schmitt**, CDU (Trier).

Die GdP-Vertreter haben die Abgeordneten aufgefordert, sich in ihren

Fraktionen für eine Neubewertung des Themas Innere Sicherheit einzusetzen.

Es gehe auch darum – so BG-Vorsitzender **Peter Kretz**, den Anliegen der Menschen, die in der Polizei arbeiten, den erforderlichen Stellenwert zu verschaffen.

In einem ersten Fazit, beruhend auf den Aussagen vieler MdLs, kann festgehalten werden, dass die Abgeordneten ebenfalls zu dem Ergebnis kamen, dass die Situation der Polizei Rheinland-Pfalz unbedingt verbessert werden muss.

**Dieter Engemann**

## WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

### 70 Jahre

**Roland Preibisch**,  
KG Vorderpfalz  
**Jürgen Kühle**,  
KG BePo Enkenbach-Alsenborn  
**Gertrud Müller**,  
KG PD Pirmasens

### 75 Jahre

**Otto Bertram und  
Rupertus Bischel**,  
KG PP/PD Mainz

### 80 Jahre

**Heinz Jochim**,  
KG PD Neustadt  
**Theo Barzen**,  
KG WSP  
**Heinz Blatt**,  
KG PP/PD Koblenz  
**Heinz Müller**,  
KG Rhein-Nahe

### 85 Jahre

**Walter Hager**,  
KG PP Westpfalz

### 90 Jahre

**Heinz Kosanke**,  
KG Vorderpfalz

## ALLES GUTE IM RUHESTAND

**Fritz Oerther und  
Eva Maria Minges**,  
KG Südpfalz

**Lothar Bauer**,  
KG Vorderpfalz

**Sandra Trapp und  
Reinhard Ferdinand**,  
KG Ww/Rhein-Lahn

**Hans Petry**,  
KG PP/PD Koblenz

